



PDS bis 2006



Seiten 3-5

Vor Parteitag



Seite 6

Bunte Kuh



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Hartz-Streit in der BVV



Was die Bürger montags auf die Straße treibt, war auch ein Schwerpunkt der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 1. September. Bereits am Vortag hatten die Ausschüsse für Gesundheit und Soziales sowie Wirtschaft auf einer gemeinsamen Sitzung die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zu Hartz IV beraten. Von den zu erwartenden 27.200 Personen, die unter das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II) bzw. Arbeitslosengeld II fallen, machen die bisherigen Arbeitslosenhilfempfänger den Hauptanteil aus.

Im Bezirk wird alles unternommen, damit die künftigen Leistungsempfänger ab Januar 2005 in einem neu zu schaffenden Jobcenter – jetzt Arbeitsgemeinschaft genannt – empfangen und betreut werden können. Bezirksstadtrat Lehmann stellte die Struktur der zu gründenden Arbeitsgemeinschaft vor, in der Bereiche der örtlichen Arbeitsagentur und des Bezirksamtes zusammenarbeiten werden. In den nächsten Monaten sind noch eine Reihe per-

soneller und finanzieller Fragen zu klären. So sind Personaltransfer und Qualifikation von 400 benötigten Mitarbeiter/innen vorzubereiten. Auch die Standortfrage ist noch offen. Vor allem aber muss eine Verständigung darüber erfolgen, ob und wie das Bezirksamt Arbeitsmöglichkeiten anbietet.

Statt sich gegen Hartz IV auszusprechen, forderte die SPD in einem Antrag, die BVV solle das Bezirksamt bei der Umsetzung von Hartz IV demokratisch kontrollieren.

Im Interesse der Betroffenen wurde ein Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen, wonach sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat für eine Reduzierung der Seitenzahl im Antragsformular einsetzen sollte. Die PDS machte deutlich, dass sie das Antragsformular nicht nur vom Umfang her, sondern auch vom Inhalt für skandalös hält.

Mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Antrags aller Fraktionen unterstützte die Bezirksver-

ordnetenversammlung das Vorhaben, die Carl-Legien-Siedlung mit Erhalt von Grün und Natur in das Weltkulturerbe einzubringen. In der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Außenanlagen der Siedlung sollen einvernehmliche Lösungen zwischen Eigentümer und Mieter/innen gefunden werden.

Marion Kaulitzki
Bezirksverordnete



Ordnungsamt eingerichtet



Nur wenige Tage nach dem Ende der offiziellen Sommerpause trat der Ausschuss für Finanzen, Immobilien und Personal zusammen und beriet über bevorstehende Veränderungen in der Verwaltung im kommenden Jahr. Besonders ein Thema steht derzeit im Bezirk im Vordergrund:

Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) berichtete, dass das Bezirksamt nunmehr den Beschluss gefasst hat, der die zukünftige Aufgabe des neu geschaffenen Ordnungsamtes dem Geschäftsbereich Kultur und Wirtschaft zuordnet. Damit ist Bezirksstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) ab dem 1. September 2004 für das bezirkliche Ordnungsamt und dessen Errichtung verantwortlich. In Bezug auf die Gewinnung von Mitarbeite-

rInnen ist der Bezirk in einer Vorreiterrolle. Von 22 benötigten KollegInnen konnten bereits 17 für den Außendienst gewonnen werden. Noch nicht zu voller Zufriedenheit konnte die Unterbringung geklärt werden. So soll mittelfristig das gesamte Ordnungsamt in der Fröbelstraße angesiedelt werden. Da es hier jedoch derzeit einige Engpässe gibt, wird der Außendienst übergangsweise in der Storkower Straße anzutreffen sein.

Eine besondere Herausforderung stellt die zu errichtende zentrale Anlauf- und Beratungsstelle dar. Es wird geprüft, ob diese Beratungsstelle ebenso in der Fröbelstraße – neben dem Bürgeramt – eingerichtet werden kann. So soll gewährleistet werden, dass BürgerInnen Informationen und Hilfe direkt aus

einer Hand bekommen. Während die Errichtung des Ordnungsamtes fast abgeschlossen ist, bleibt es bei den Kindertagesstätten weiterhin spannend. Sie sollen in einem oder mehreren landeseigenen Betrieben zusammengefasst werden. Während der Senat nur einen zentralen Kita-Eigenbetrieb zum 1. Juli 2005 errichten will, plädieren insbesondere die PDS-Stadträte aus allen Bezirken erst für den Januar 2006. Denn die Zahl der zu gründenden Eigenbetriebe ist derzeit noch unklar. Um jedoch diesen Prozess fachgerecht führen und KollegInnen einbeziehen zu können sowie die Überführung der betroffenen Kitas sicher zu stellen, ist ein späterer Errichtungstermin vernünftig.

Sascha Kummer
Bezirksverordneter

PDS im Bezirk: Gemeinsam bis 2006

Soziales Korrektiv im Bezirk

Im August gingen PDS-Bezirksvorstand und Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung nacheinander in Klausur. Dabei wurden die strategischen Herausforderungen der PDS im Bezirk und die politischen Schwerpunkte der nächsten zwei Jahre debattiert.

Über die Ergebnisse sprach extraDrei mit Gernot Klemm, PDS-Bezirksvorsitzender.

Die PDS stellt im Bezirk die stärkste Fraktion und drei von sechs Bezirksamtsmitgliedern. Was hat sie seit der Wahl im Jahr 2001 erreicht?

Wir sehen unsere politische Priorität im Erhalt und Umbau der soziokulturellen Infrastruktur des Bezirkes. Deswegen haben wir eine abgestimmte Planung für die Bereiche Schule, Kultur und Bildung, Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen vorgelegt. So konnten wir vielfältige Angebote kommunaler Einrichtungen erhalten. Es werden bspw. Elternwünsche nach Kita-Betreuung und Hortunterbringung über den Rechtsanspruch hinaus uneingeschränkt befriedigt.

Im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wurde ein Unternehmerportal im Internet zur Unterstützung des Mittelstandes eingerichtet. Das Krankenhaus Prenzlauer Berg konnte zur wohnortnahen gesundheitlichen Betreuung der BürgerInnen erhalten werden. Durch das von der PDS geleitete Kulturamt wurde ein Entwicklungsplan erarbeitet, der behutsam kommunale Kultureinrichtungen umstrukturiert und damit die soziokulturellen Standorte im Norden des Bezirkes sichert.

PDS-Kommunalpolitiker müssen auf der einen Seite kreative Lösungen für den Bezirk entwickeln. Auf der anderen Seite sind sie mit der Politik des rot-roten Senats konfrontiert.

Das ist natürlich nicht konfliktfrei. Die Bezirkspolitiker sind von der

Haushaltsnotlage Berlins besonders betroffen. Sie stehen oft vor der Notwendigkeit, bestehende kommunale Angebote geordnet zurückzubauen statt auszubauen. Dabei gibt es manchmal Unmut über das Agieren der „eigenen Leute“ im Senat und Abgeordnetenhaus. Aber die Politik der Haushaltskonsolidierung ist notwendig, um politische Handlungsfähigkeit für die Zukunft zu gewinnen.

Was hat sich die PDS im Bezirk für die nächsten zwei Jahre vorgenommen?

Ziel ist es, die politische Wirksamkeit der PDS zu erhöhen und Kräfte themenorientiert zu bündeln. Dazu gehört, dass wir unsere Entscheidungen transparenter machen und betroffene BürgerInnen besser einbeziehen. Deshalb werden wir in öffentlichen Veranstaltungen in verschiedenen Ortsteilen unsere Politik vorstellen. Ein Schwerpunkt dabei wird die Gesundheitsregion Buch sein. Wir wollen die Entwicklungsprozesse in Buch vorantreiben – sowohl auf dem Campus als auch im Wohngebiet. Außerdem setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass endlich ein Konzept zur Bestandssicherung der Seniorentreffs im Bezirk erarbeitet wird. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Kampf gegen Rechtsextremismus auf der Basis des auf PDS-Initiative erarbeiteten Aktionsplanes des Bezirksamtes.

Die PDS ist erklärte Gegnerin der Hartz-Gesetze. Was macht die PDS, um Protest zu organisieren?

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird die Lebenssituation vieler Menschen in unserem Bezirk verschlechtern. Die PDS hat mit ihrer „Agenda sozial“ konkrete Alternativen entwickelt. Diese Alternativen wollen wir bekannter machen. Zudem vermitteln wir Beratungen für Betroffene von Hartz IV und entwickeln auf Bezirks- und Landesebene Vorschläge für kommunale Beschäftigungsprogramme.



In Berlin werden Unterschriften zur Abwahl des rot-roten Senats gesammelt. Wie sieht die Zukunft der Berliner PDS aus?

Die Folgen der Haushaltsnotlage Berlins spürt fast jede Familie. Protest und auch Wut sind verständlich. Neben den Erblasten der großen Koalition erleben wir die Auswirkungen einer rot-grünen Bundespolitik, die Kommunen verarmen lässt. Vor diesem Problem wird auch jede andere Landesregierung stehen. Die vermeintlichen Alternativen bei Abwahl des Senats heißen deshalb: Soll die CDU mit ihrem Ehrenvorsitzenden Diepgen die Stadt erneut regieren? Oder Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die den Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung fordern und öffentliche Unternehmen wie die BVG verscherbeln wollen? Die PDS ist das soziale Korrektiv der Stadt – trotz gemachter Fehler. Man wünscht sich als Berliner PDS-Politiker natürlich ab und an die „schöne Oppositionszeit“ zurück. Doch es ist nicht die Zeit, die BerlinerInnen mit dieser Front der politischen Alternativlosigkeit allein zu lassen.

Interview: Sandra Brunner

PDS im Bezirk: Stärken herausstellen

PDS muss sich nicht verstecken



Einen Konflikt tragen aktive PDS-Mitglieder immer mit sich herum. Ob Vorsitzende der Ortsverbände, Bezirksverordnete oder Bezirksamtsmitglieder – fast alle machen Politik an der persönlichen Belastungsgrenze. Aber wenn wir mit Bürgerinnen und Bürgern sprechen, werden wir stets gefragt: Was macht ihr eigentlich, man hört ja gar nichts von euch. Sie wollen wissen, was wir tun. Die Bürgerinnen und Bür-

ger wollen erfahren, wann und warum eine Schule eine neue Turnhalle erhält, warum das Dach der Kita immer noch nicht saniert werden kann, warum eine große neue Bibliothek errichtet wird, dafür fünf kleinere schließen und Wege weiter werden. PDS-Politikerinnen und -politiker tragen Verantwortung für Entscheidungen, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen.

In der zweiten Hälfte der Legislatur halte ich es für wichtig, dass die PDS in unserem Bezirk mehr Profil gewinnt, wirksamer wird und spürbar mehr mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommt. Das soll unter anderem mit der neuen Veranstaltungsreihe „Profil zeigen – PDS vor Ort“ erreicht werden. Im November soll es losgehen. Dabei geht es um Informationen, die von Bürgerinnen und Bürgern zu Recht immer wieder bei uns eingeklagt werden. Aber vor allem geht es um Diskussion, um Ideen und Vorschlä-

ge aus den Kiezen und Ortsteilen. Die Europawahl hat die PDS insgesamt gestärkt. Allerdings gibt es vor allem im Ortsteil Prenzlauer Berg ein neues politisches Kräfteverhältnis. Die Grünen haben die PDS als stärkste politische Kraft abgelöst. Auf diese Situation brauchen wir neue Antworten. Eine neben vielen ist, dass wir uns auf unsere Stärken besinnen sollten. Wir brauchen uns mit unserer Politik nicht zu verstecken. Wir müssen im Land und im Bezirk auch unpopuläre Entscheidungen treffen, die wehtun. Dafür ernten wir Protest. Wir enttäuschen damit auch Wählerinnen und Wähler. Aber viele Wahlversprechen aus dem Jahre 2001 haben wir eingehalten. So gibt es eine nachweisbare Schwerpunktsetzung auf Jugend, Bildung, Kultur und Soziales im Bezirk. Lasst uns offen darüber reden, vor Ort und mit Profil.

Almuth Nehring-Venus
Stadträtin für Kultur
und Wirtschaft



Die nächste Etappe heißt 2006

Im August trafen sich der PDS-Bezirksvorstand und die PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu getrennten Klausuren. Es galt, drei Jahre nach der Berlin-Wahl 2001 einen kritischen Blick auf die Politikfähigkeit der Bezirks-PDS zu werfen und Schlussfolgerungen für die politische Arbeit bis 2006 zu ziehen.

Der Bezirksvorstand begann auf seiner Tagung zunächst mit einer Rückschau. Nach der Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002 galt es, die innerparteiliche Konsolidierung und der Einzug ins Europäische Parlament zu schultern. Beides hat die PDS gepackt.

Der Bezirksvorstand diskutierte in diesem Zusammenhang ausführlich die Ergebnisse der Europawahlen in den Ortsteilen. Eine detaillierte Wahlanalyse mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen

wurde in einem Strategiepapier der Hauptversammlung vorgelegt. Als zentrale strategische Herausforderungen für unsere Bezirkspartei kristallisieren sich die Profilierung als soziale Kraft, die Beschäftigung mit kommunalpolitischen Schwerpunkten sowie die politische und kulturelle Auseinandersetzung mit den erstarkenden Bündnis 90/Die Grünen heraus. Diese Herausforderungen müssen zudem mit einer strategischen Öffentlichkeitsarbeit, der Schaffung aktionsfähiger Ortsverbände und einer verbesserten innerparteilichen Kommunikation einhergehen.

Als ersten Schritt zur Schärfung des Profils der PDS im Bezirk haben sich BVV-Fraktion und Bezirksvorstand auf die Entwicklung gemeinsamer politischer Schwerpunkte verständigt. Diese werden der Hauptversammlung im Oktober

vorgelegt. Die Debatte dazu ist enorm wichtig. Denn das Herausstellen, wofür und für wen die PDS eintritt, das Herausstellen derjenigen Dinge, die uns von anderen Parteien unterscheiden, ist eine Aufgabe der Gesamtpartei.

So wollen wir zukünftig unsere „Agenda sozial“ stärker in den Vordergrund rücken. Wir wollen zeigen, dass es nur mit der PDS den Erhalt kommunaler Infrastruktur gibt. Wir wollen um die Herzen und Köpfe kämpfen und sie nicht den Rechts-extremen, Rassisten und Antisemiten überlassen. Mit der Veranstaltungsreihe „PDS vor Ort“ werden wir versuchen, die Partei wieder stärker in der Gesellschaft zu verankern. Damit uns das gelingt, lasst uns gemeinsame Antworten für das Wahljahr 2006 formulieren.

Sandra Brunner
Bezirksvorstand

Strategie der PDS Berlin

Widersprüche nicht ignorieren

Ja, Klaus Wowereit ist nicht amüsiert: Stefan Liebich geht auf die Anti-Hartz-Demonstration. Während sich die Berliner PDS seit anderthalb Jahren deutlich stabilisiert, wächst in der Berliner SPD das Gefühl, jede Negativbotschaft würde allein ihr in Umfrage-Prozenten angelastet. Die Zusammenarbeit in der Koalition belastet das. Sinnvolle Projekte werden blockiert – aus Trotz, weil die SPD der PDS ihren Platz zeigen will. Dieses Dilemma hat uns allerdings nicht daran gehindert, als einzige Fraktion gegen einen durch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eingereichten Hartz-Jubel-Antrag zu stimmen – gegen den Koalitionspartner. Ein eher unüblicher, hier aber politisch notwendiger Vorgang.

Tatsächlich müssen wir beides: Uns mit Hartz IV und der SPD auseinandersetzen. Und gemeinsam mit der SPD dafür sorgen, dass die Anspruchsberechtigten ihr Geld pünktlich erhalten und Zumutungen

– wo möglich – abgefedert werden. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) hat dies so beschrieben: Berlin muss Bundesgesetze umsetzen, wir müssen sie aber nicht bejubeln. Letztlich ist diese Haltung konsequent, ihre Denunziation dagegen zynisch. PDS-Politik soll den Betroffenen dienen. Die sind zum Leben auf die knappen Summen angewiesen.

Ganz oft findet sich die PDS als Parlamentspartei in widersprüchlichen Situationen und Kräfteverhältnissen wieder. Dagegen hilft nur: Transparenz erzeugen, wo Zwänge real sind, wo Handlungsmöglichkeiten bestehen und wo ideologische Dogmen angeblich nur einen politischen Ausweg lassen würden. Neu ist das nicht. Die PDS setzt seit bald 15 Jahren in Kommunen Bundesgesetze um, gegen die sie im Bundestag gekämpft hat. Bisher haben wir daraus nie die Schlussfolgerung gezogen, nicht mehr zu Kommunalwahlen anzutreten.

Insoweit haben wir gegenüber Protestbewegungen noch eine weitere Verantwortung. Wir müssen die Möglichkeit alternativer Politikansätze im parlamentarischen Rahmen nicht nur behaupten, sondern müssen uns politisch alternativ verhalten, wo wir dies können. Das alles aber innerhalb der vorgefundenen Verhältnisse.

„Weg mit Hartz“ ist richtig. Das hat die PDS von Anfang an vertreten. Aber das reicht nicht. An die PDS richten sich Erwartungen, die über das kommende halbe Jahr hinausreichen. Dabei Profil zu entwickeln, heißt, dass wir uns der Widersprüche im politischen Raum bewusst werden, mit ihnen umgehen und sie stärker – mit längerfristiger Perspektive – produktiv machen. Dabei bleibt für die PDS die strategische Herausforderung, wie wir die vorhandenen sozialen Verhältnisse gerechter gestalten.

Klaus Lederer
Stellv. PDS-Landeschef



Leserbrief: Contra Abwahlbegehren

Es wurde gemeldet, dass viele Bürger ihre Unterschrift in die Liste für ein Volksbegehren gesetzt haben. Darüber sollte einmal nachgedacht werden. Es geht doch um eine vorgezogene Neuwahl des Abgeordnetenhauses mit der Begründung, dass die Sparmaßnahmen des Senats von dessen Unfähigkeit bei der Lösung der Berliner Probleme zeugten.

Also: Rot-Rot müsse weg. Nur, wer soll dann das Ruder ergreifen? Es bleibt doch nur die CDU mit gelber und grüner Tarnfarbe übrig. Eben diese CDU, die mehr als ein Jahrzehnt, auch in Großer Koalition mit der SPD, die Wende nutzte, um das Berliner Tafelsilber und die Werte des Ostens zu verscherbeln. Darüber hinaus hat sie in einer organisiert-chaotischen Finanz- und

Wirtschaftspolitik einen Berg von Schulden angehäuft. Pro Kopf der Berliner mehr als 20.000 Euro – vom Neugeborenen bis zum Sterbenden.

Jetzt treten „politische Kräfte“ auf und werden zum Wahlhelfer der CDU, darunter auch PDS-Mitglieder, die für die Sparpolitik des roten Senats kein Verständnis aufbringen. Wer sind die Politiker, die mit dem Begehren gegen die Sparpolitik Bürger mobilisieren wollen? Die damit die schwarz-rote chaotische und Schulden anhäufende Wirtschaftspolitik aus dem Blickpunkt der Bürger rücken wollen? Die, die sich ausrechnen, gewählt zu werden, um ihre Selbstbedienungs politik fortzusetzen.

Wolfgang Krahrmer
Weißensee



Bundesparteitag: Thesen zur PDS-Strategie veröffentlicht

Strategie für Hier und Jetzt



Nachdem die PDS im Oktober des letzten Jahres ein neues Parteiprogramm verabschiedet hat, ist es nun an der Zeit, dass wir die überfällige Diskussion um die Strategie der PDS führen. Eine solche Debatte lässt sich als logische Konsequenz eines Parteiprogramms bezeichnen, aber sie ist keineswegs die Wiederholung derselben.

Mit dem Programm haben wir unsere politischen Grundsätze beschlossen und nun geht es darum, diese in die Praxis umzusetzen. Politische und gesellschaftliche Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen, lassen sich schnell beschließen. Die strategische Herausforderung allerdings besteht darin, konkrete Umsetzungsschritte zu entwickeln und sie nachvollziehbar aufzuzeigen. Eine Strategiedebatte, die dies als Ergeb-

nis verfolgt, muss die gesellschaftlichen Verhältnisse und Rahmenbedingungen analysieren. Denn unser politisches Handeln findet im Hier und Jetzt statt – also unter den realen gesellschaftlichen Bedingungen.

Die vorliegenden Thesen des Parteivorstandes mit der Überschrift „PDS: sozial – solidarisch – friedlich – selbstbestimmt“ analysieren die gesellschaftliche Entwicklung und den neoliberalen Mainstream, ohne die existierenden Widersprüche im Alltagsbewusstsein auszublenden. Hierzu wird es kontroverse Debatten geben. Dies machte schon die Diskussion in der Arbeitsgruppe des Parteivorstandes deutlich.

Die Strategiethesen beleuchten auch die Entwicklung der anderen Parteien sowie der sozialen Bewe-

gungen. Auch hier gibt es unterschiedliche Bewertungen. Um unser Verhältnis zu den anderen politischen AkteurInnen und mögliche Formen von politischen Bündnissen zu klären, benötigen wir eine Diskussion, in der die politischen Kräfteverhältnisse dieser Gesellschaft sehr genau betrachtet werden.

Im Strategiepapier werden – auf Grundlage der Analyse der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen – unsere zukünftigen inhaltlichen Schwerpunkte nachvollziehbar abgeleitet. Hier scheinen die innerparteilichen Differenzen gering zu sein.

Die Strategiethesen liegen vor und aus ihnen wird der Leitantrag für den kommenden Bundesparteitag im Oktober entstehen. Der Leitantrag, der auf dem nächsten Parteitag beschlossen wird, ist die inhaltliche und personelle Grundlage für den Wiedereinzug der PDS in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag.

Auch deshalb sollten wir keine Zeit verlieren und mit einer kontroversen und hoffentlich auch konstruktiven Diskussion beginnen.

Elke Breitenbach

Mitglied des Parteivorstandes



Debatten im Web unter:
<http://www.pds-berlin.de/partei/debatten.html>

Eine politische Strategie für den Alltag

Einer Auseinandersetzung über die strategische Ausrichtung der PDS muss natürlich eine offene und von Voreingenommenheiten freie Analyse vorausgehen. Diese sollte die veränderte parteipolitische Landschaft ebenso umfassen wie die soziale Lage.

Das PDS-Programm beschreibt den Konflikt um Mitregieren oder Fundamentalopposition, der aktuell wegen der Umsetzung der Hartz-

IV-Gesetze neu entbrannt ist, mit dem Satz: „Die gewählten Mittel der Politik dürfen nicht in Gegensatz zu den erklärten Zielen unserer Partei geraten.“

Allerdings kann die PDS, wo sie in den Ländern mitregiert, diese Mittel der Politik nicht frei wählen, wenn die Kompetenz beim Bund liegt.

Wie vermittelt die PDS nun, dass ihre engagierte und kompetente

Mitgestaltung in der Sachpolitik im Interesse ihrer Wähler liegt, wie verhindert sie einen Verlust an Glaubwürdigkeit?

Wir müssen nicht weniger als eine neue Strategie erarbeiten, mit der die PDS ihr sozialistisches Profil auch unter den komplizierten Umständen des Alltags bewahren kann.

Matthias Zarbock

BO Torpedokäfer,
Parteitagsdelegierter

Vorgestellt

www.buntekuhverein.de

„Heinreinspaziert“ – so begrüßt das „Haus der Jugend – Bunte Kuh“ in Weißensee im Internet seine Gäste und so kennen es Jugendliche weit über den Bezirk Pankow hinaus. Bunt und originell im Erscheinungsbild, bunt und vielgestaltig im Programm steht die Bunte Kuh seit über einem Jahrzehnt für alternative Jugendarbeit.

Als junge Leute 1990 das Haus in der Parkstraße 16 besetzten und sich für ein vielseitiges, antirassistisches und tolerantes Jugendleben engagierten, erhielten sie breite Unterstützung von den politischen Kräften im Bezirk. Seither entwickelte sich das Haus zu einem angesehenen Projekt der offenen Jugendarbeit und wurde zu einem beliebten Treffpunkt für Jugendliche.

Sie können ein breites Spektrum von Freizeitangeboten nutzen, erhalten Hilfe und Unterstützung bei Berufsproblemen oder in persönlichen Konfliktsituationen. Compu-

ter, Fitness, Sport, Fahrradwerkstatt, Hausaufgabenhilfe und Musik gehörten ebenso zum Programm wie politische Bildung, Unterstützung von selbst organisierten Jugendinitiativen und interkulturelle Aktivitäten. Bekannt ist die Bunte Kuh für ihre antirassistischen Straßenfeste. Große Resonanz fand im Juli „left kick“, das antirassistische Fussballturnier im Stadion Buschallee.

Im letzten Jahr wurde die Bunte mehrmals überfallen, wobei jugendliche Täter – teilweise unter „Juden raus“-Rufen – Fenster und Mobiliar zerstörten sowie Personen angriffen. Weißenseer Bürgerinnen und Bürger gaben ihrer Empörung darüber Ausdruck und zeigten Solidarität mit der Bunten Kuh. Trotzdem: Die Vereinten Nationalisten Nord-Ost haben die Kuh auf dem Kicker.

Im Juni 2004 bekam die Bunte Kuh gemeinsam mit dem Kurt-



Lade-Club in Niederschönhausen den Pankower Förderpreis für antifaschistische Jugendsozialarbeit verliehen. Damit findet ein Wirken Anerkennung, das sich, so die Jury, der unten anderem die Pankower Pfarrerin Ruth Misselwitz, die PDS-Verordnete Ines Pohl und die ehemalige Bürgermeisterin Gisela Grundwald angehören, in besonderem Maße mit seinem Engagement gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus hervorgetan hat. Zu wünschen ist der Bunten Kuh weiterhin erfolgreiche Arbeit, wengleich die Kürzung der finanziellen Mittel auch in ihr Angebot Lücken reißt. *Renate Tepper*

Alltag im Bezirk

■ Gedenktafel erneuert

Eine Neuanfertigung der 2003 gestohlenen Gedenktafel für Erich Nehlhans wurde wieder am ehemaligen Wohnhaus in der Prenzlauer Allee 35 angebracht. Erich Nehlhans, Überlebender der Shoa, war nach dem Krieg maßgeblich am Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde in Berlin beteiligt und war deren Vorsitzender. 1948 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärgericht zu 25 Jahren Arbeitslager, an deren Folgen er 1950 in der Haft verstarb. 1997 hob ein russisches Militärgericht nach langen Bemühungen der Angehörigen das Urteil auf und rehabilitierte ihn vollständig.

■ Bibliothek in Buch

Nach dem Umzug der Stadtteilbibliothek Buch in die Schlossparkpassage öffnete sie im August mit einer Eröffnungsrede des Pankower Bürgermeisters Burkhard Kleinert

(PDS) wieder ihre Pforten. Auf 350 Quadratmetern werden den Besuchern 38.000 Medien zur Ausleihe angeboten. Geöffnet ist am Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 19 Uhr, am Dienstag von 11 bis 13 Uhr.

■ „Berliner Mauerweg“

Die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer (SPD) eröffnete im August eine Wegeverbindung entlang des ehemaligen Grenzstreifens zwischen Wedding und Pankow als Teilstück des Berliner Mauerweges, der für Radfahrer und Fußgänger nutzbar ist. Als erste größere innerstädtische Baumaßnahme im Rahmen des Projekts wurde zwischen dem ehemaligen Kolonnenweg nördlich der Bornholmer Straße und der Grüntaler Straße eine neue Wegeverbindung geschaffen. Der Weg unterquert südlich des „Nassen Dreiecks“ die Gleisanlagen des Nordkreuzes und

stellt eine alte durch den Mauerbau unterbrochene Verbindung wieder her. Große Bedeutung für diesen Streckenabschnitt hat im weiteren Verlauf die ebenfalls erfolgte Fertigstellung des Anschlusses von der Behmstraßenbrücke zur Norwegerstraße. Durch die Ausbildung einer Rampe ist dieser Bereich auch für Radfahrer gut nutzbar.

■ Frauen-Wegweiser

Eine soeben erschienene Broschüre für Frauen informiert über die vielfältigen Angebote der Pankower Frauenprojekte. Sie informiert über Kontakt- und Beratungsstellen zu Themenbereichen wie Berufsorientierung und Weiterbildung, Arbeitslosigkeit, auch Existenzgründung, Schwangerschaft und Kinderbetreuung sowie spezielle Leistungen der Verwaltung. Die kostenlose Broschüre liegt in allen Bürgerämtern sowie bei den bezirklichen Frauenprojekten aus.



Wann wir schreiten...

Immer wieder Montags



Zugegeben: Im Herbst '89 gehörten die Genossen nicht gerade zu den Mutigsten. Als die Bürger in Leipzig und anderswo auf die Strasse gingen, standen wir zunächst ängstlich hinter der Gardine, eine Woche später schon selbstbewusst auf dem Balkon und endlich nach wochenlangen quälenden Diskussionen über den Sinn und Unsinn des Sozialismus in den Farben der DDR fanden wir uns als Hausgemeinschaft ordnungsgemäß an der Bordsteinkante ein. Ganz ohne Anweisung von oben. Manche sind dann sogar spontan mitmarschiert, immer dem Volk hinterher.

15 Jahre später, wenn es um Hartz IV und die anderen Grausamkeiten geht, wollen wir nicht mehr im Abseits stehen. Nein, wir wollen dem Volk beistehen! Und so zeigen wir immer wieder montags Gesicht bei den Demos. Viel Beifall bringt uns das nicht vom Kanzler und sei-

ner Regierung ein. Schröder und die Seinen sprechen gar von einer Entweihung der Demokratie durch linke und rechte Populisten. Sie malen das Schreckgespenst der Volksfront aus PDS, CDU und anderen Chaoten an die Wand. Frei nach dem Motto: Wir wollen nur euer Bestes und seht ihr das nicht ein, dann wählen wir uns eben ein neues Volk. Basta.

Die Ossis wissen aber: Das ging schon mal schief. Und so reiht sich gar unser Stefan zum Leidwesen von Wowi in den Protestzug ein. Den Stefan hat letztens ein ganz aufgebrachter Bürger beim Protestieren entdeckt. „Wo war denn die SED 1989? Ihr habt kein Recht hier mitzumachen!“, hat er den roten Block angeschrien. Die Genossen haben ihm diesen Gefallen nicht getan. Schließlich gibt es auch für uns ein Grundrecht auf Dazulernen.

Ein Demonstrant

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---|--|--|
| 18. September
14 Uhr 7 ^{ieme} Fête du Mauerpark, eine Veranstaltung der PDS Berlin im Mauerpark, Nähe Max-Schmeling-Halle | 30. September
18 Uhr Diskussion im Ortsverband Weißensee zur Parteireform, mit Claudia Gohde (Partei Vorstand der PDS), im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 20. Oktober
19 Uhr Sta(d)tt-Gespräch mit Klaus Lederer und seinen Gästen: Was sollen Kieztstreifen? Zu Gast ist Stadträtin Almuth Nehring-Venus, in der Betroffenenvertretung, Käthe-Niederkirchner-Straße 12 |
| 19. September
18 Uhr jour fixe zur Wahl anlässlich der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 30. September
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 21. Oktober
18 Uhr Treff mit Neumitgliedern im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 20. September
18 Uhr BVV-Fraktionsitzung, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 2. Oktober
Großdemo gegen Hartz IV in Berlin | 21. Oktober
18 Uhr AG Schule bei der BVV-Fraktion der PDS zum Thema Schuleingangsphase, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 22. September
18 Uhr Kubanischer Abend im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 6. Oktober
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 23. Oktober
10 Uhr 3. Tagung der 3. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei zu Kommunalpolitischen Herausforderungen bis 2006, im BVV-Saal, Fröbelstraße 17 |
| 27. September
18 Uhr BVV-Fraktionsitzung, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 18. Oktober
18 Uhr BVV-Fraktionsitzung, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 25. Oktober
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 29. September
17.30 Uhr 26. Tagung der BVV, Fröbelstraße 17 | 19. Oktober
17 Uhr Buchlesung „Perry Friedman – Ein Kanadier in der DDR“, im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 2. September 2004
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechenden Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.